



Interviews

23. März 2024

Jürgen Zurheide im Gespräch mit Martin Häusling

Zurheide: Die Bauernproteste in Europa dauern an und der Druck auf die europäischen Spitzenpolitiker, der steigt auch weiter. Die gehen jetzt einen Schritt auf die Bauern zu, denn die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Gipfel gestern und vorgestern unter anderem über weitere Maßnahmen zur Entlastung von den Bauern gesprochen. Über all das wollen wir jetzt reden mit Martin Häusling. Der sitzt für die Grünen im Europäischen Parlament. Jetzt bei uns am Telefon, guten Morgen, Herr Häusling.

Häusling: Ja, guten Morgen.

Zurheide: Jetzt mal meine provozierende Frage: Warum brauchen die Bauern noch mehr staatliche Unterstützung?

Häusling: Na ja, das geht knallhart vorbei an dem, was die Bauern eigentlich jetzt fordern, nämlich die Einkommen sind tatsächlich sehr schlecht. Die Preise sinken. Der Getreidepreis ist unter 200 Euro die Tonne gefallen. Die Milch kostet wieder 40 Cent. Das sind die wahren Probleme. Was jetzt der Rat beschließt und was jetzt auch viele in Brüssel fordern, eine Entbürokratisierung, das wird dem Bauer jetzt nicht wirklich helfen. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Proteste auch weitergehen.

Zurheide: Auf der anderen Seite, an den Marktmechanismus, wie wollen wir da eingreifen? Das heißt, am Ende ist zu viel Milch da, zu viel Getreide da. Da sind wir ziemlich schnell auch bei der Ukraine. Darüber wollte ich eigentlich erst am Ende reden, aber, ja, woran liegt das?

Häusling: Ja, tatsächlich ist es nicht schuld der Ukraine, was ja oft behauptet wird, dass die Preise jetzt sinken. Es kommt massenhaft Getreide aus Russland auf den

Weltmarkt. Und Russland macht ja aus Weizen eine Waffe und die versuchen, die Ukraine aus vielen Märkten raus zu drängen und machen wirklich Dumping-Angebote. Und 60 Millionen Tonnen Getreide hat Russland exportiert. Und das ist eigentlich das Problem, nicht nur in Europa, auf dem ganzen Weltmarkt. Und da muss auch politisch gehandelt werden. Warum nehmen wir das Getreide aus Russland nicht auch in die Sanktionsliste auf? Das passiert leider gar nicht. Und da muss was passieren.

Zurheide: Auf der anderen Seite wissen wir, dass in anderen Teilen der Welt Hunger herrscht. Da war man ganz froh, dass noch ein bisschen was da ist. Also, müssen wir da differenzieren zwischen dem europäischen Markt möglicherweise und anderen Märkten?

Häusling: Ja, natürlich müssen wir differenzieren. Europa ist ja sehr gut versorgt und andere Märkte können sich noch nicht mal den jetzt sehr billigen Preis für Getreide leisten. Das heißt, wir müssen natürlich mehr Unterstützung leisten. Da, wo die Ukraine ausgefallen ist, da muss Europa einspringen bei dem Export. Aber das wird leider viel zu wenig eingegangen. Man hofft auf Marktregulierung, dass sich der Markt da schon einpendelt. Aber das wird nicht funktionieren. Da Russland Weizen als Waffe nimmt, muss Europa dagegenhalten. Und das passiert leider viel, viel zu wenig.

Zurheide: Jetzt ist der Weizen das eine Problem. Sie haben aber die Milch auch angesprochen. Und wenn die wieder bei 40 Cent ist, wie Sie gerade gesagt haben, ja, dann, was ist da falsch?

Häusling: Ja, wir produzieren viel zu viel Milch. Wir müssen ganz viel Milch exportieren. Der Weltmarktpreis liegt noch niedriger. Also müssten wir wirklich darüber nachdenken: Wie können wir die Mengen senken, damit der Preis hochgeht, damit wir nicht gezielt am Markt vorbei, ja, wirklich vorbei produzieren? Da kommt natürlich dazu, dass heute für viele Hafermilch..., dass mehr Hafermilch getrunken wird als Trinkmilch. Das ist auch ein Problem für die Landwirtschaft. Aber da müsste jetzt eigentlich auch was passieren. Und man müsste zumindest versuchen, den Markt ein wenig zu regulieren und Preise auch... und da kommen wieder die Supermärkte ins Spiel, zu sagen, Leute, für 40 Cent können die Bauern nicht mehr lange produzieren.

Da muss der Handel auch faire und anständige Preise zahlen. Und das wird im Moment überhaupt nicht gemacht. Die Macht des Handelns ist so groß, dass ja die vier großen Konzerne im Grunde genommen den Preis machen und der Bauer überhaupt keinen Einfluss mehr hat auf den Preis. Ich denke, es geht mehr. Es können auch die Leute mehr zahlen, ein paar Cent. Also, ich glaube, da muss wirklich auch mal was mit dem Kartellamt passieren, dass die regulieren, dass die großen vier Anbieter, Lidl, Aldi und Co., nicht jetzt den ganzen Markt kontrollieren und mit den billigen Preisen sich noch gegenseitig unterbieten.

Zurheide: Auf der anderen Seite wissen wir alle, je mehr man eingreift in bestimmte Märkte, dann funktioniert das nicht unbedingt besser. Also, ist das wirklich ein erfolgversprechendes Modell, eine Art Planwirtschaft da einzuführen?

Häusling: Na ja, wenn man es so will, haben wir doch schon eine Art Planwirtschaft. Wir sagen, die Bauern sollen für den Weltmarkt und billige Preise produzieren. Aber das können doch die europäischen Bauern gar nicht, weil die Kosten noch viel, viel zu hoch sind. Und wir zahlen dann halt mit Steuergeldern einen Ausgleich. Ich bin der festen Meinung, man kann Landwirtschaft nicht globalisieren, wie man Autohandel globalisieren kann. Da müssen tatsächlich auch Regeln eingeführt werden. Wir können auch nicht die Bauern in Europa dem Wettbewerb mit allen Ländern, mit den USA oder Neuseeland aussetzen und die haben andere Regeln als wir. Das kann ich verstehen, dass die Bauern dann fordern, wir müssen höhere Regeln haben in Europa. Dann wollen wir das auch honoriert bekommen. Und das ist auch ein Thema, was leider viel zu wenig angegangen wird in Brüssel. Man versucht jetzt, den Bauern zu beruhigen, indem man sagt, wir schaffen Bürokratie ab. Das sind in Wirklichkeit Umweltauflagen, aber das geht knallhart am Kern des Problems vorbei und das sind die Preise.

Zurheide: Jetzt spreche ich ja mit Ihnen als Grünen. Sie haben es gerade gesagt, wenn man davon redet, dass auf der einen Seite Bürokratie abgebaut werden muss, geht es am Ende darum, dass es fast immer – Sie mögen mich da jetzt korrigieren –, dass das Umweltauflagen sind. Ist das eigentlich richtig? Ich meine, Frau von der Leyen hat mal so was wie den Green Deal in anderer Hinsicht gesagt. Aber sie hat mal auch sehr auf die Unterstützung der Grünen gesetzt. Erkennen Sie die Dame eigentlich noch wieder?

Häusling: Ich erkenne die EVP, die Europäische Volkspartei, nicht wieder. Frau von der Leyen mag zwar Kurs halten, aber viele in ihrer eigenen Gruppierung wünschen sich einen ganz anderen Weg. Das sieht man ja sehr deutlich. Das Pestizidgesetz wurde abgeschafft. Was jetzt abgeschafft wird in den Regeln, sind tatsächlich die Umwelanforderungen in der gemeinsamen Agrarpolitik. Und das kann es ja wirklich nicht sein in Zeiten des Klimawandels, von dem die Landwirtschaft ja massiv betroffen ist, da auch diese Umweltregeln noch abzuschaffen. Das wird schiefgehen. Die Bauern brauchen auch eine gesunde Umwelt. Aber das ist der Tatsache geschuldet, dass gerade Herr Weber von der Europäischen Volkspartei sich doch jetzt immer wieder hinstellt und sagt, wir sind eine Bauernpartei und die tun jetzt alles, um die Bauern von der Straße zu bekommen. Ob das funktioniert, ist eine andere Frage, aber das geht tatsächlich knallhart in die falsche Richtung. Wir müssen mit der Landwirtschaft zusammen auch eine vernünftige Umweltpolitik machen und eine vernünftige Klimaschutzpolitik. Da kann man die Landwirtschaft nicht von ausnehmen.

Zurheide: Ein anderer Punkt, Sie haben die Ukraine gerade schon mal bezogen auf das Getreide angesprochen. Wir wissen, wie schwierig das ist. Können Sie sich eigentlich vorstellen, dass die Ukraine in die Europäische Union kommt? Ich habe Zahlen gelesen, dass dann von dem, was an landwirtschaftlichen Subventionen in Europa gezahlt wird bei heutigem Regelwerk, dann würde mehr als die Hälfte in die Ukraine fließen. Das ist doch schlechterdings nicht möglich. Oder habe ich da jetzt einen Denkfehler?

Häusling: Ja, um es klar zu sagen, die Ukraine gehört in die Europäische Union. Wir haben ein Versprechen abgegeben und das müssen wir auch einhalten.

Zurheide: Okay.

Häusling: Und ich denke, wir müssen natürlich dann andere Förderungen auf den Weg bringen. Da können wir das nicht mehr nach Fläche bezahlen. Da geht ja meistens das Geld hin heutzutage, an die hektargebundene Zahlung. Das wird natürlich bei der Größe der Ukraine nicht gehen. Wir müssen ganz klar danach gehen, dass wir mehr nach Umweltkriterien, nach Klimaschutzkriterien Geld auszahlen. Und natürlich muss auch die Ukraine – das, denke ich, ist auch wichtig – eine Agrarreform durchführen. Da gibt es mega große Betriebe. Die können wir natürlich so... auch

das System so nicht akzeptieren. Viele Oligarchen haben Massen an Land. Also, auch das muss man natürlich in den Anforderungen an die Ukraine senden. Aber es ist klar, wir müssen... die Agrarreform wird ja spätestens in fünf Jahren kommen, müssen wir genau darauf hinarbeiten. Und wir können nicht so tun, als könnte alles so weitergehen. Da muss man eine realistische Politik machen. Ich habe nichts dagegen, wenn die Ukraine auf den europäischen Markt kommt und sich auch denselben Regeln unterwerfen muss. Das kann, glaube ich, auch kein europäischer Bauer ablehnen.

Zurheide: Das war Martin Häusling, für die Grünen im europäischen Parlament, heute Morgen. Ich bedanke mich für das Gespräch, danke schön.

Häusling: Gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.